Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 2

Artikel: Zwischen Amt und Partei
Autor: Schlegel, Florian
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339840

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

das wissen? Weil Christen den falschen Lutz anrief, den SP-Lutz statt den Atom-Lutz. SP-Lutz hörte sich die gequält vorgetragene Begründung an, weshalb das, was erwünscht wäre, nicht gehe, bevor er den Irrtum bekanntgab, dass nicht der ehemalige AKW-Direktor, sondern der «andere» Lutz am Telefon war.
Rufmord ist ein Verbotsersatz. Dafür ist der publizistische Kampfverein «Aktion Freiheit und Verantwortung» zuständig. Politische Stützen sind Rechtsbürgerliche, für die Finanzen sorgen, Schlepper aus der Wirtschaft. Die Aktionäre von der «Aktion» liessen beim EMD-nahen Werbekonzern Farner AG, Zürich, ein seitengrosses Inserat texten und in zahlreichen Blättern erscheinen. Des Inhalts etwa, dass die Nato aufrüsten und nicht abrüsten müsse, Moskau Drahtzieher der Friedens-Demo sei, nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan keine Protest-Demos stattfanden, die SPS diese Politik der Schwäche unterstütze, undsoweiter.

Wer den Krieg nicht will, darf nicht für den Frieden demonstrieren. Ungefähr auf diesem Niveau bewegt sich das «Aktions»-Inserat der unheimlichen Patrioten. Durch die Blume liest sich noch die Kritik, in Moskau würden «sie» ja nicht demonstrieren. An dieses Verschwörungsritual halten sich die politischen Falschspieler mit ihrer Doppelstrategie seit langem. Die Verdächtigung Andersdenkender hat taktische Tradition. Und noch immer haben wir uns nicht daran gewöhnt.
Nehmen wir das Beispiel Afghanistan. Warum organisierten eigentlich die Aktionäre der «Aktion Freiheit und Verantwortung» keine Protestkundgebungen? Etwa deshalb nicht, weil zur gleichen Zeit, als Sowjetpanzer in Afghanistan einrollten, eine schweizerische Handelsdelegation unter Leitung von Dr. A. Hartmann, Generaldirektor Schweiz. Bankverein, in Moskau Zusatzkredite für sowjetische Importe aus der Schweiz offerierte? Haben diese Herrschaften in Moskau einen Protest deponiert? Kein Wort davon. Protestiert wird zu Hause, geschäftete in Moskau, in Argentinien, Chile, Guatemala, in der Türkei, überall.
Folgendes sei ihnen in ihr Gebetbuch diktiert: Der Protest in Bern galt dem weltweiten Rüstungswahnsinn. Frieden ist unteilbar geworden, die nukleare Hölle oder der atomare Himmel ebenso. Die hier so laut inserieren und diffamieren, unterschlagen, dass der Bundesplatz in Bern stellvertretend für den Roten Platz in Moskau und das Kapitol in Washington Forum war. Hätten diese aktionären Kreise mit wenig Verantwortung und viel Wildwestfreiheit nicht das viele Geld, sie hätten kaum etwas. Am wenigsten politische Moral.

Florian Schlegel

Zwischen Amt und Partei

In Basel hat der St. Gallische Justiz- und Polizeidirektor Florian Schlegel vor der SP Basel-Stadt über das Verhältnis von Amt und Partei, wie es sich einem regierenden Sozialdemokraten darstellt, gesprochen. Dabei hat er einige grundsätzliche Gesichtspunkte dargelegt, die auch in anderen Kantonen Konfliktstoff für die Parteimitglieder bieten, von dem aber auch die betroffenen Mandatäre nicht verschont bleiben.

Vorbemerkungen

Ich bin nicht nach Basel gekommen, um jemandem Ratschläge oder Belehrungen zu erteilen. Die innerparteilichen Verhältnisse sind mir hier zuwenig bekannt, als dass ich zugunsten dieser oder jener Seite Stellung beziehen könnte. Wenn meine Ausführungen dennoch zur Klärung der einen oder anderen Frage oder Differenz beitragen können, so würde mich das freuen.
Meine Betrachtungsweise will nicht Anspruch auf ein allgemein gültiges Rezept ergeben. Ich lege die Dinge so dar, wie ich sie aufgrund meiner Erfahrungen in der st. gallischen und in der schweizerischen Politik sehe.
Meine Ausführungen stammen aus der Warte eines vollamtlichen Exekutivvertreters, also eines Politikers, dem die Politik zum Brotkorb geworden ist. Ich betone das deshalb, weil zwischen dem Berufspolitiker und dem nebenamtlich tätigen Politiker erhebliche Unterschiede bestehen.
Der «Amateurpolitiker» kann praktisch jederzeit «aussteigen», ohne dass er politischen, gesellschaftlichen und materiellen Schaden nimmt. Für einen

Berufspolitiker ist das nicht immer so einfach.
Ich selber bin gewiss kein Musterknabe; ich will das auch gar nicht sein. Wenn ich aber an Mandatäre Bedingungen stelle, so sind das nur solche, die ich selber auch einhalte oder einzuhalten versuche, sonst würde ich sie nicht stellen.

Zur Frage der Regierungsbeteiligung

Da die Frage der Regierungsbeteiligung in unseren Reihen immer wieder aufgerollt und diskutiert wird, möchte ich zunächst dazu ein paar Worte verlieren. Es kann sich dabei nicht um eine umfassende Beurteilung handeln. Vielmehr möchte ich in summarischer Weise Argumente zugunsten der Regierungsbeteiligung zusammenfassen.
Für mich ist die Regierungsbeteiligung keine Glaubensfrage, sondern ausschliesslich eine Frage der Strategie. Die Frage lautet ganz lapidar: Können wir mit oder ohne Regierungsbeteiligung mehr Sozialismus verwirklichen?
Wenn wir die Chance hätten, aus der Opposition heraus eines Tages eine Mehrheit zu gewinnen und die Regierungsverantwortung allein zu übernehmen, so wäre selbstverständlich dieser Weg zu bevorzugen. Die jahrzehntelangen historischen Erfahrungen der SPS, die staatsrechtliche Organisation unseres Landes und der gefestigte Parteienpluralismus sprechen aber eindeutig gegen eine solche Chance, und zwar auf allen Ebenen. Aber selbst bei einer Mehrheit in der Volkskammer wäre die Regierbarkeit angesichts des Zweikammersystems und des Referendums mit Volks- und Ständemehr nur eine sehr bedingte und eingeschränkte. Es bleibt somit die Frage, ob bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen — die sich seit rund 60 Jahren nie mehr grundlegend geändert haben — mit oder ohne Regierungsbeteiligung mehr Sozialismus verwirklicht werden kann.
Ich bin ganz entschieden der Meinung, dass über die Regierungsbeteiligung, und zwar über die tägliche Regierungsarbeit recht viel an sozialdemokratischem Gedankengut verwirklicht werden kann. Auch wenn wir uns in der Alltagsarbeit selbsverständlich an Gesetze und Beschlüsse zu halten haben, *so ergibt sich trotzdem in aller Regel ein gewisser Spielraum.* Dieser kann mitunter und je nach der jeweiligen innerstaatlichen Zuständigkeitsordnung recht beträchtlich sein. Ich möchte das mit ein paar Beispielen aus dem von mir geleiteten Justiz- und Polizeidepartement deutlich machen. Bei der Behandlung von jährlich mehreren hundert Gesuchen um die unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsverbeiständung kommt es schon etwas auf die soziale Gesinnung des Departementsvorstehers an. Man kann die gesetzlichen Möglichkeiten mehr oder weniger ausschöpfen. Und gerade hier geht es um Hilfe an oft schwergeprüften und in sehr bescheidenen Verhältnissen lebenden Mitmenschen. Ich denke, dass es bei der täglichen Behandlung von Strafgefangenen, bei der Ausgestaltung der Hausordnung für Strafanstalten, bei der Gewährung von bedingten Entlassungen und bei der Begnadigungspolitik in beträchtlichem Masse auf *die menschliche, soziale und politische Haltung des Departementsvorstehers* ankommt. Ich denke, dass es bei der fremdenpolizeilichen «Behandlung» der Ausländer schon auf den humanitären Geist ankommt, der von der Spitze eines Departements aus verbreitet wird. Auch bei den Polizeikräften und ihrer Handlungsweise vermag die Geisteshaltung der politisch Verantwortlichen eines Tages mehr oder weniger durchzuschimmern. Und je dichter der Departementschef mit Gleichgesinnten umgeben ist, desto mehr lässt sich machen. Das gilt auch für die Vorbereitung von gesetzlichen Erlassen.
Das sind nur einige Beispiele. Gewiss keine spektakulären, aber alltägliche. Auch aus jedem anderen Departement liessen sich solche Beispiele anführen. *Jeden Tag ein kleines Stück Sozialismus bringt dem einzelnen Menschen aber mit Bestimmtheit mehr als ein parlamentarischer Taktschrittsozialismus, der nicht vom Fleck kommt.* Weitere Argumente für die Regierungsbeteiligung sind stichwortartig: Einfluss auf die gesamte Regierungspolitik. Einfluss auf die Wahl der Beamten. Bessere Information von Partei und Fraktion. Positive Propaganda für die Partei durch populäre Exekutivmitglieder usw.
Selbstversändlich hängen die Auswirkungen der Regierungsbeteiligung und die Einflussmöglichkeiten in entscheidendem Mass von der Persönlichkeit, der politischen Klugheit, der Glaubwürdigkeit und der Überzeugungskraft des Mandatsinhabers ab. Und weil die Regierungsvertreter im Bund, in fast allen Kantonen und Gemeinden im Majorzverfahren gewählt werden, ist die Partei in der Auswahl der Kandidaten nicht völlig frei. Manchmal fehlen auch geeignete, starke Leute. Viele aber wachsen mit der Aufgabe. Es braucht aber sicher auch eine Portion Glück, die richtige Person zu finden und sie in der Volkswahl dann auch noch durchzubringen. Aber Unbekannte schlägt man nicht vor. Die Kandidaten müssen sich in Partei oder Gewerkschaft bewährt haben.
Wenn ich auch grundsätzlich ein überzeugter Anhänger der

Regierungsbeteiligung bin, heisst das für mich jedoch nicht, dass es nicht auch Situationen geben kann, die im Interesse der Partei einen Austritt aus der Regierung nahelegen. Eine solche Situation könnte beispielsweise dann gegeben sein, wenn das Verhältnis mit den Bürgerlichen in der Regierung schwer gestört und eine Zusammenarbeit kaum mehr möglich wäre. *Ein Rückzug aus der Regierung könnte aber auch dann opportun sein, wenn zwischen Partei und Mandatsinhaber keine Vertrauensbasis mehr vorhanden wäre und beide aneinander vorbeileben.*

Pflichten eines sozialdemokratischen Regierungsvertreters

Wenn man als sozialdemokratischer Vertreter einer Regierung angehört, so hat man eine Reihe von Pflichten auf sich zu nehmen. Es liegt in der Natur der politischen Machtverhältnisse, dass *für die sozialdemokratischen Exekutivvertreter strengere Massstäbe gelten* als für seine bürgerlichen Kollegen. So hat sich ein SP-Regierungs-Vertreter etwa an folgende *Regeln* zu halten:

1. Wenn ein Mitglied der Regierung grundsätzlich auch der gesamten Bevölkerung verpflichtet ist, so kann ihn das nicht hindern, in seine tägliche Arbeit im Regierungskollegium und in seinem Departement möglichst viel sozialdemokratisches Gedankengut einfliessen zu lassen. Das muss allerdings in geschickter, subtiler und dosierter Weise geschehen. Wer glaubt, man müsse bei jedem Geschäft den parteipolitischen Standpunkt hartnäckig markieren, der wird innert kurzer Zeit nicht mehr ernst genommen und verliert jeglichen Einfluss. Man muss sich im Kollegium also auf politisch wesentliche Fragen konzentrieren. Dabei ist es unerlässlich, dass man Kompromisse eingeht. Wer das nicht kann, ist am falschen Platz. Betonen möchte ich in diesem Zusammenhang allerdings, dass es für einen Regierungsvertreter kein imperatives Mandat geben kann. Das würde ich strikte ablehnen. Er hat das Augenmass für seine «Gratwanderung» grundsätzlich selber zu finden.

2. Damit sozialdemokratisches Gedankengut in die Arbeit einfliessen kann, muss man über einen ideologischen «Background» verfügen. Diesen ideologischen Standort muss man auch immer wieder selbstkritisch überprüfen und erneuern, denn wir werden in unserem Beruf vor allem mit bürgerlichem Gedankengut konfrontiert, und es besteht in der Tat die Gefahr, dass wir uns bürgerlicher Optik vielleicht da und dort allzusehr annähern.

3. Gerade um seinen parteipolitischen Standort immer wieder zu überprüfen und zu erneuern, ist ein ausgesprochen enger Kontakt zur Partei zwingend notwendig. Es ist unannehmbar, wenn ein Mandatär für die eigene Partei keine Zeit hat, dafür an jeder «Hundsverlochete» teilnimmt. Ein Regierungsvertreter hat sich der Partei zu stellen und sich ihr als Mitarbeiter, Berater und Referent zur Verfügung zu halten. Das gilt natürlich grundsätzlich auch für alle anderen Mandatäre.

4. Ein Regierungsmandat darf also nie Selbstzweck werden, sonst müssen wir uns nicht wundern, wenn der Ruf nach Rücktritt oder Austritt aus der Regierung ertönt.

5. Gerade ein Regierungsmitglied sollte in der Partei kraft seiner öffentlichen Stellung eine Art Integrations- oder Vaterfigur darstellen, die bei innerparteilichen Differenzen vermittelnd wirken kann. Das ist in den letzten Jahren da und dort zu wenig geschehen, sonst hätte einiges an internen Zerwürfnissen vermieden werden können. Ich muss allerdings feststellen, dass für eine solche Rolle auch Parlamentarier geeignet sein könnten. Auch sie haben sich an verschiedenen Orten zu sehr auf Distanz gehalten, zu lange den Dingen freien Lauf gelassen, um sich die Finger ja nicht zu verbrennen.

6. Ein sozialdemokratischer Regierungsvertreter darf sich nicht als Werkzeug der Bürgerlichen missbrauchen lassen. Das kann einmal geschehen aus einem Übereifer heraus oder aus Unvorsichtigkeit. Dann ist es auch entschuldbar. Unerträglich wird es allerdings, wenn es aus Abhängigkeit geschieht. Ich komme darauf weiter unten noch zurück.

7. Ein Exekutivvertreter hat sich grundsätzlich an das Kollegialitätsprinzip zu halten, das beim schweizerischen Regierungs-und Konkordanzsystem nicht wegzudenken ist und den unschätzbaren Vorteil hat, dass man auch Einfluss auf die Geschäfte anderer Departemente nehmen kann. Das heisst nun allerdings nicht, dass man nicht hin und wieder — namentlich gegenüber den Organen der Partei — auch den persönlichen Standpunkt markieren kann. So starr und unbeweglich ist das Kollegialsystem nicht. Wir müssen nicht zimperlicher sein als unsere bürgerlichen Kollegen. Ich selber habe auf jeden Fall aus meiner Überzeugung nie ein Hehl gemacht und habe auch in Zukunft nicht die Absicht, dies zu tun. Zu Beschlüssen und Kompromissen, denen man zugestimmt hat, muss man allerdings stehen, wenn man die Glaubwürdigkeit nicht verlieren will.

8. Ein sozialdemokratisches Regierungsmitglied darf selbst-

verständlich nicht erwarten, dass ihm seine Partei bei allen Geschäften, die es zu vertreten hat, geschlossen zustimmt. Das wäre schon mit der Doppelrolle, welche die SP als Regierungs- und Oppositionspartei wahrzunehmen hat, nicht verträglich. Es muss allerdings erwarten können, dass man sich mit ihm sachlich und nicht polemisch auseinandersetzt, und dass persönliche Attacken nicht in unwürdiger Weise vor den Augen und Ohren der Öffentlichkeit geführt werden. Minimale Anstandsregeln gelten auch für Sozialdemokraten, und zwar für alle.

9. Ein Exekutivmitglied muss auch zuhören können, die Argumente der Gegenseite ernst nehmen und in seine Entscheidungen und Handlungen einbeziehen. Keiner hat die Weisheit für sich allein gepachtet. Ebenso muss er Anspruch darauf haben, dass man ihn anhört und seine Überlegungen respektiert.
10. Völlig selbstverständlich ist schliesslich für einen Mandatär, dass er seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Partei ordnungsgemäss und vorbildlich erfüllt.

Erwartungen an die Partei

Es ist nicht mehr als natürlich, dass ein SP-Regierungsvertreter auch *an seine Partei gewisse Erwartungen* stellt, denn er ist in der Öffentlichkeit besonders stark exponiert als Vertreter dieser Partei.
1. Er wünscht sich vor allem eine starke Partei, eine Partei, die ernst genommen wird und eine gradlinige und glaubwürdige Politik betreibt, nicht eine Partei, deren er sich schämen muss, weil sie ständig schmutzige Wäsche an die Öffentlichkeit hängt, auch nicht eine Partei, die ihre Meinung wie das Hemd wechselt, wenn der Wind aus einer anderen Richtung weht.
2. Wie ich schon sagte, ist es keineswegs notwendig, dass Regierungsvertreter und Partei in allen Sachfragen einig sind. In grundsätzlichen Fragen ist das schon notwendiger. Was aber absolut unentbehrlich ist, ist ein festes Vertrauensverhältnis. Je stärker für einen Regierungsvertreter der Rückhalt in der eigenen Partei ist, desto stärker ist seine Stellung in der Regierung, desto mehr kann er sich als Sozialdemokrat profilieren und desto mehr nützt er der Partei.
3. Wenn eine Partei ihrem Regierungsvertreter die Unterstützung in entscheidenden Fragen versagt, dann schwebt er im luftleeren Raum und schliesslich treibt man ihn in die Arme und die Abhängigkeit der Bürgerlichen, denn er möchte in der Regel ja wiedergewählt werden. Die Politik ist sein Beruf geworden, sein Brotkorb.
4. Wer als Regierungsvertreter nicht eine feste politische Heimat und das volle Vertrauen seiner Partei hat, ist ein armseliger Mann, auch wenn er noch so gut verdient. Ich persönlich könnte diesen Zustand seelisch nicht verkraften.
5. Der Vertreter in der Exekutive muss zu einer bestimmten Frage oft viele Jahre früher Stellung nehmen als die Organe der Partei. Er ist in der Meinungsbildung oft auf sich allein angewiesen. Das sollte man schon berücksichtigen.

Nehmen wir zum Beispiel die Busipo. Die Weichen für dieses Projekt sind im Schosse der Justiz- und Polizeidirektoren anfangs der siebziger Jahre gestellt worden. In der Partei war das damals überhaupt kein Thema. Von Opposition keine Rede. Die Volksabstimmung hat erst Ende 1978 stattgefunden. Selbst die Fraktion der Bundesversammlung war kurz vorher in dieser Frage noch gespalten. Erst im Verlaufe des Referendums hat sich in der SPS immer spürbarer ein Nein durchgesetzt. Es gäbe noch viele ähnliche Beispiele, so u.a. der parteiinterneMeinungsbildungsprozess zu den Atomkraftwerken.
In einer solchen Situation muss man einem Exekutivvertreter auch einen abweichenden Standpunkt zubilligen, wenn er der Sache vorher zugestimmt hat. Eine rein parteipolitisch motivierte Umkehr kann ihm nicht zugemutet werden. Man muss ihm auch zubilligen, seinen Standpunkt öffentlich kundzutun, denn das Volk hat Anspruch darauf, die Meinung des zuständigen «Fachministers» zu erfahren. Allerdings kann und soll man das mit mehr oder weniger Engagement tun. Ich teile zwar die Auffassung, dass eine gespaltene Partei keinen überzeugenden Eindruck hinterlässt. Je besser der innerparteiliche Kontakt ist, desto eher lassen sich solche Differenzen denn auch vermeiden.

Die SP am Wendepunkt

Ich verkenne nicht, dass sich *die SP zur Zeit in einer schwierigen Phase* befindet. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind vor allem darauf zurückzuführen, dass in unserer Partei nebst der personellen Erneuerung ein radikalerUmdenkungsprozess in vollem Gange ist. Die sozialdemokratische Politik steht in mancherlei Hinsicht an einem Wendepunkt.
Die Jüngeren haben das viel eher begriffen. Sie haben die Gefahren der Technik und die Schäden des Fortschritts füher erkannt als wir Älteren. Roboter und Mikroprozessoren sind unaufhaltsam im Vormarsch. Die Automatisierung und die technologische Entwicklung haben beängstigende Ausmasse angenommen. Gigantische Rationalisierungsprojekte sollen verwirklicht werden. Man fin-

det kaum einen Industriezweig, in dem die Zahl der Beschäftigten nicht rückläufig ist. Wie steht es morgen um unsere Arbeitsplätze? Können wir zu Hause bleiben? Was sollen wir dort tun? Von was sollen wir leben?
In den letzten 50 Jahren hat sich der Motorfahrzeugbestand in unserem Land verfünfunzwanzigfacht, und ein Ende ist nicht abzusehen. Für den, der an einer Durchgangsstrasse wohnen oder arbeiten muss, ist das Leben zur Qual geworden. Unerträglicher Lärm, Luftverschmutzung, Verletzte, Tote, hohe Spital- und Versicherungskosten, Verstrassung der Landschaft sind die Folgen dieser Entwicklung. *Noch nie hat eine Generation eine derartige technische Revolution erlebt wie die heutige.* Kann das alles so weitergehen?
Ich glaube nein. Ein Umdenken ist zwingend notwendig. *Innerhalb der SP ist dieser Umdenkungsprozess in vollem Gang.* Die einen sind schon weiter als die andern. Dann gibt es auch noch viele, die mit dem Umdenken noch gar nicht begonnen haben. Das führt zwangsläufig zu Meinungsverschiedenheiten, zu Missverständnissen, zu Reibereien. Das ist normal. Nicht mehr normal ist es, wenn man nicht mehr miteinander spricht oder wenn jeder seine Ansicht zu einem Dogma, zu einer absoluten Glaubensfrage macht, wenn jegliche Kompromissbereitschaft fehlt. So geht es natürlich nicht.
Aus diesem Undenkungsprozess ist auch eine programmatische Konfusion, eine Orientierungslosigkeit entstanden. Die einen ziehen in diese, die andern in jene Richtung. *Vieles, was vor 25 Jahren als Zielsetzung richtig war, ist heute überholt, oder gar falsch.* Anderes ist noch gültig. Sicher ist eines: die SPS braucht eine programmatische Neuorientierung, sie braucht einen innerparteilichen Klärungsprozess und eine neue Identität. Wir müssen uns den gewaltigen Herausforderungen dieser Zeit stellen und Lösungsvorschläge für die Bewältigung der schwierigen Probleme erarbeiten. Wir müssen uns aber auch wieder mehr als bisher um unsere traditionellen Wähler- und Mitgliederschichten kümmern. Das ist absolut unerlässlich. Wir müssen sie in diesen Umdenkungsprozess einbeziehen, sonst laufen wir Gefahr, dass wir sie verlieren.
Die SPS kann immerhin für sich in Anspruch nehmen, die Zeichen der Zeit erkannt und die *politische Wende eingeleitet* zu haben. Dieser Prozess der personellen Erneuerung und der Identitäts- oder Selbstfindung hat sich da und dort auch auf das Verhältnis zwischen Partei und Regierungsvertretern abgefärbt und zu Konflikten geführt. Ich meine aber, dass solche Konflikte lösbar sind, wenn man sich ausspricht, wenn man Kompromisse eingeht und vor allem auch, wenn man gegenseitig Toleranz übt. Wir können nicht von den Bürgerlichen Toleranz verlangen, wenn wir nicht einmal unter uns darnach leben. Ich bin zuversichtlich, dass am Parteitag in Interlaken der Grundstein für eine programmatische Erneuerung gelegt wurde, eine Erneuerung, hinter die sich mindestens die überwiegende Mehrheit stellen kann. *Ich gehe auch davon aus, dass wir uns nachher wieder vermehrt mit dem politischen Gegner, und weniger mit uns selber beschäftigen werden. Das wäre nämlich dringend notwendig.*

Kurt Spiess

Bilanz nach vier Jahren

SP-Politik in einer kommunalen Legislative

Bei den Gemeindewahlen in Uster im Jahre 1978 fand eine starke Verjüngung und Erneuerung der neunköpfigen SP Fraktion im Gemeinderat statt. Mit viel Engagement versuchte eine Gruppe junger SP-Aktivisten über die Behörde etwas zu verändern. Im folgenden Artikel versucht Kurt Spiess, Gemeinderat in Uster, eine Bilanz der politischen Arbeit der letzten vier Jahre zu ziehen.

Die SP Uster hat in den letzten vier Jahren mit viel Aufwand im Gemeinderat gewirkt. Schwerpunkte der SP-Politik waren die Verkehrspolitik (Schutz der Fussgänger und Velofahrer), Umweltschutz im weitesten Sinne (Häuserabbrüche, Autobahnbau, Melioration), Ausbau des Sozialstaates (Altersprobleme, Drogen, Jugendfragen, Wohnungsnot) und die kritische Kontrolle des Stadtrats. Traditionell sozialdemokratische Anliegen brachten wir eher wenig zur Sprache (Steuerpolitik, Anpassung der Altersbeihilfen der Stadt, Mitsprache für Lehrlinge an der Berufsschule), und nur einmal